



Harald Hagn

Referat Bereichsübergreifende Analysen, Statistikportal, Regionalstatistik, Veröffentlichungen, Bibliothek

0361 5 73 31-9640
Harald.Hagn
@statistik.thueringen.de

PRIVATE HAUSHALTE

Einkommensverteilung und Armutsgefährdungsquoten 2018 im Bund-Länder-Vergleich

Im vorliegenden Aufsatz werden die Einkommensverhältnisse in Thüringen in Relation zu anderen Bundesländern und dem gesamten Bundesgebiet näher beleuchtet. Dabei wird insbesondere auch auf die Verteilungsgleichheit bzw. -ungleichheit von Nettoeinkommen in Deutschland eingegangen. Abgerundet wird das Bild durch einen Bund-Länder-Vergleich von Armutsgefährdungsquoten.

befanden sich 32,9 Millionen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und 8,5 Millionen in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Für das gesamte Bundesgebiet lässt sich ein Median der monatlichen Nettoeinkommen aller privaten Haushalte von 2 350 Euro errechnen¹⁾²⁾. Für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug das monatliche Medianeinkommen aller privaten Haushalte 2 450 Euro und für die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) 2 025 Euro.

1) Bei der Ermittlung des mittleren Einkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das Arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, während die andere weniger Einkommen zur Verfügung hat. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Einkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das Arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird. Im Text werden Haushaltsnettoeinkommen auf 25 Euro gerundet, da die Angaben mit einem Stichprobenfehler behaftet sind und die berechneten Werte sonst eine Genauigkeit vortäuschen, die real nicht vorhanden ist.

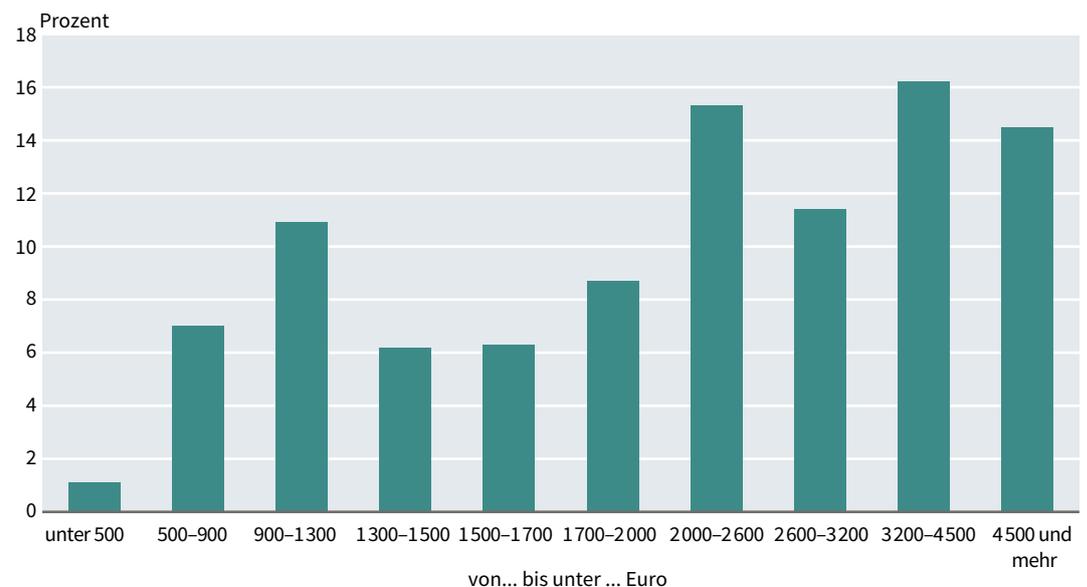
2) Im Rahmen des Mikrozensus wird für jeden Haushalt die Höhe seines Nettoeinkommens im letzten Monat (Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) erfragt. Hierzu zählen zum Beispiel Erwerbseinkommen, Unternehmenseinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützungen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld beziehungsweise -hilfe, Kindergeld, Wohngeld und Sachbezüge.

Mehr als 41 Millionen private Haushalte in Deutschland

Im Jahr 2018 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 41,4 Millionen private Haushalte. Davon

Im gesamten Bundesgebiet gab es im Jahr 2018 bezogen auf die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen deutlich mehr private Haushalte am oberen als am unteren Ende der Einkommensskala. So standen etwa 6,0 Millionen Haushalten mit einem Nettoeinkommen von monatlich 4 500 Euro und mehr, rund 3,3 Millionen Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro gegenüber.

Abbildung 1: Deutsche Privathaushalte 2018 nach monatlichem Nettoeinkommen



Jeder zwölfte deutsche Haushalt muss mit weniger als 900 Euro auskommen

Von den etwa 40,4 Millionen bundesdeutschen Haushalten musste im Jahr 2018 etwa jeder zwölfte (8,1 Prozent) mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro auskommen, wobei Haushalte mit unter 500 Euro einen eher geringen Teil ausmachten³⁾. Gleichwohl wurden etwa 437 Tausend Haushalte registriert, die ein monatliches Nettoeinkommen von lediglich 500 Euro und darunter erzielten. Das waren immerhin 1,1 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit Einkommensangabe.

Nur jeder fünfte Haushalt in den neuen Bundesländern und Berlin

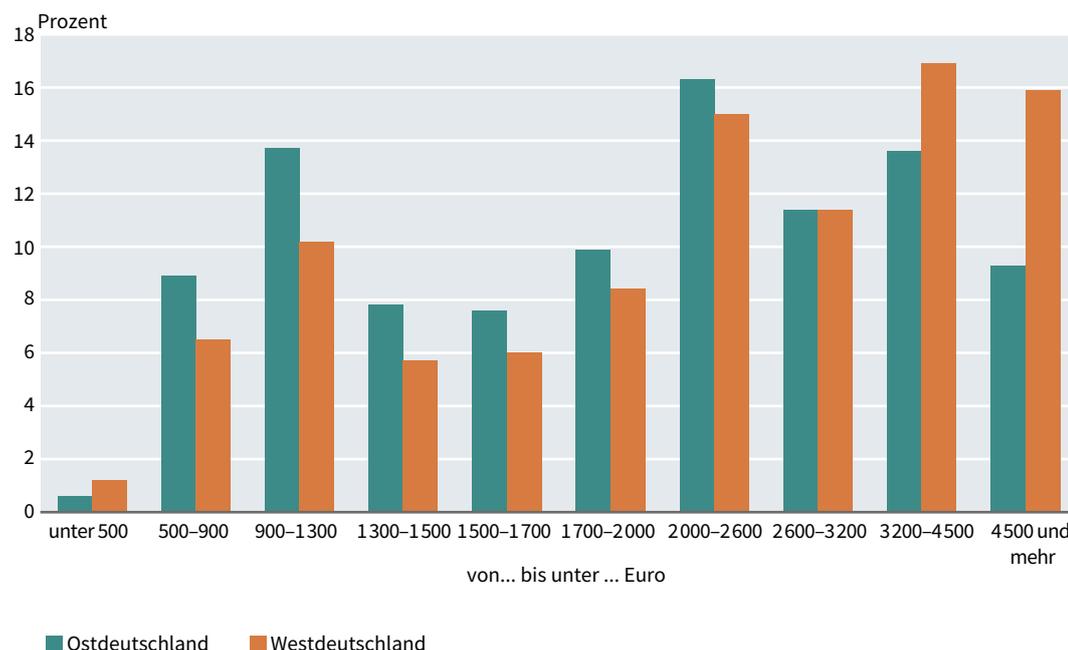
Lediglich etwas mehr als jeder fünfte deutsche Privathaushalt (8,5 Millionen bzw. 20,6 Prozent) befindet sich in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Das Bundesland Nordrhein-Westfalen (8,8 Millionen Haushalte) weist für sich genommen

bereits etwas mehr Haushalte auf als die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) zusammen. Dazu kommen gleichfalls bevölkerungsstarke Bundesländer wie Bayern mit 6,5 Millionen Haushalten und Baden-Württemberg mit 5,3 Millionen Haushalten. Verglichen damit, sind im Freistaat Thüringen - mit 1,1 Millionen - relativ wenige Haushalte ansässig.

Erhebliche Einkommensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland

Im Jahr 2018 waren zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) sowohl im unteren als auch im oberen Einkommensbereich noch erhebliche Einkommensdifferenzen zu verzeichnen. In den unteren Einkommensgruppen bis unter 1300 Euro war in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) fast ein Viertel der Haushalte (23,2 Prozent) anzutreffen. Dagegen waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) gerade einmal 17,9 Prozent. Absolut betrachtet gehörten deutlich mehr Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) dem unteren Einkommensbereich an: Während in Westdeutschland fast 5,9 Millionen Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1300 Euro verfügten, waren es in Ostdeutschland beinahe 2,0 Millionen Haushalte.

Abbildung 2: Ost- und westdeutsche Privathaushalte 2018 nach monatlichem Nettoeinkommen



3) Bei Selbständigen in der Landwirtschaft wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

Die festgestellten Einkommensdifferenzen gelten jedoch in noch stärkerem Maße für den oberen Bereich der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. In den oberen Einkommensgruppen ab einem monatlichen Nettoeinkommen von 2 600 Euro und mehr waren 44,2 Prozent aller Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin), aber nur 34,3 Prozent aller Haushalte in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) vertreten. In absoluten Zahlen betrachtet, befinden sich im oberen Einkommensbereich ab 2 600 Euro netto im Monat mehr als 14,5 Millionen Haushalte in Westdeutschland und etwas mehr als 2,9 Millionen in Ostdeutschland. Diese Zahlen machen deutlich, dass auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung die Einkommensstrukturen bezüglich der Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland bei weitem noch nicht ausgeglichen waren.

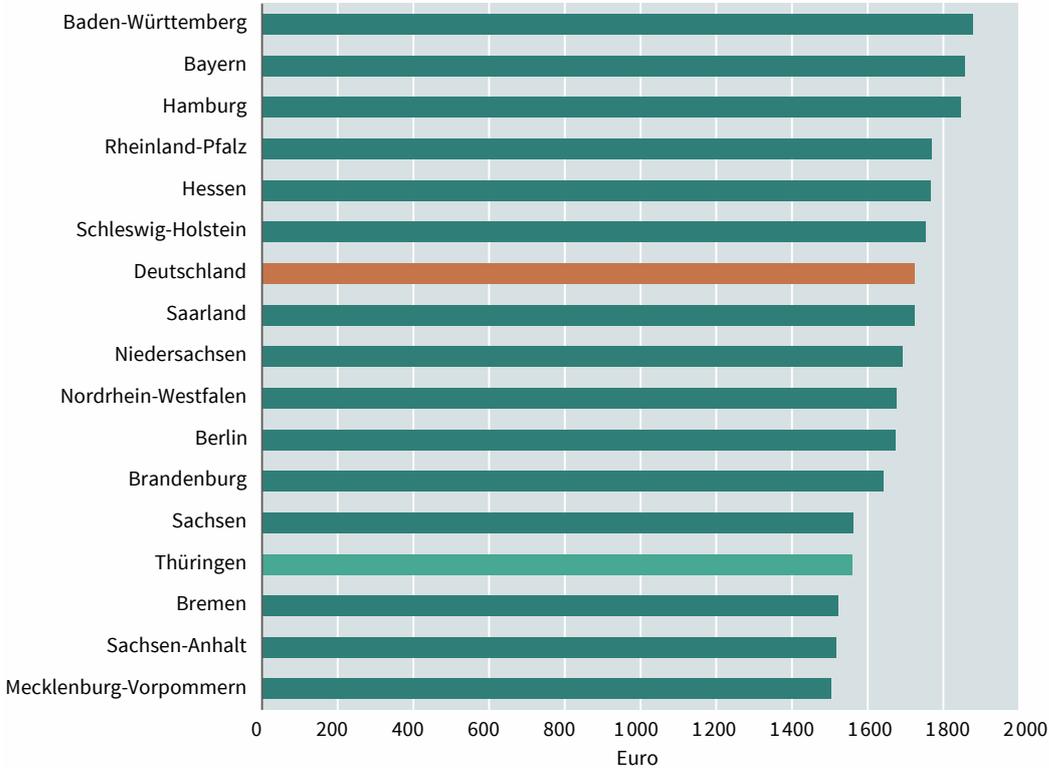
Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei der obigen Betrachtung der Haushaltseinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten so nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grund

wird in vergleichenden Analysen üblicherweise das Äquivalenzeinkommen⁴⁾ für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

Medianeinkommen in Baden-Württemberg am höchsten

Danach lag Thüringen im Jahr 2018 deutlich unter dem gesamtdeutschen Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von etwa 1 725 Euro. In der Rangfolge aller 16 Bundesländer belegte der Freistaat aber mit einem Medianeinkommen aller Haushalte von 1 560 Euro den 13. Platz. Die höchsten Medianeinkommen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg (1 877 Euro), Bayern (1 857 Euro) und Hamburg (1 847 Euro) erzielt, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (1 503 Euro) und Sachsen-Anhalt (1 518 Euro). Zwischen dem Bundesland mit dem höchsten Median der monatlichen Äquivalenzeinkommen in Privathaushalten und jenem mit dem geringsten Wert bestand im Jahr 2018 somit ein Unterschied von 375 Euro.

Abbildung 3: Median der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten 2018 nach Bundesländern^{*)}



4) Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

*) Ergebnisse des Mikrozensus. Die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW

Alle neuen Bundesländer unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen

Betrachtet man Ostdeutschland für sich genommen, so stellt man fest, dass im Jahr 2018 alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen von 1725 Euro lagen. Berlin ist mit einem Median von rund 1673 Euro im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern das Land mit den höchsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Es folgen Brandenburg (1643 Euro), Sachsen (1561 Euro) und Thüringen (1560 Euro).

Gini-Koeffizient misst statistische Verteilungsgleichheit von Einkommen

Die Einkommensverteilung wird international nach einer vom italienischen Statistiker Corrado Gini

entwickelten Methode bestimmt. Dabei ist der so genannte Gini-Koeffizient ein Maß der relativen Konzentration beziehungsweise Ungleichheit und kann einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Im Falle der Gleichverteilung ergibt sich für den Gini-Koeffizienten ein Wert von 0 und im Falle der Konzentration des gesamten Einkommens auf nur einen Einkommensbezieher ein Wert von 1. Mit anderen Worten: Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt.

Einkommensverteilung in Sachsen und Thüringen am gleichmäßigsten

Die deutschen Bundesländer mit der gleichmäßigsten Einkommensverteilung im Jahr 2018 waren Sachsen und Thüringen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,25. Die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegen mit jeweils 0,26 ebenfalls weit vorn. Für Berlin wurde ein Koeffizient von 0,30 errechnet. Die ungleichmäßigste Einkommensverteilung in Deutschland wies Hamburg mit einem Gini-Koeffizienten von 0,32 auf.

Abbildung 4: Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen *)

Bundesland	2016	2017	2018
Baden-Württemberg	0,29	0,29	0,29
Bayern	0,29	0,29	0,29
Berlin	0,30	0,30	0,30
Brandenburg	0,26	0,27	0,26
Bremen	0,31	0,31	0,31
Hamburg	0,32	0,32	0,32
Hessen	0,31	0,31	0,31
Mecklenburg-Vorpommern	0,27	0,27	0,26
Niedersachsen	0,28	0,28	0,28
Nordrhein-Westfalen	0,30	0,30	0,30
Rheinland-Pfalz	0,29	0,30	0,29
Saarland	0,29	0,29	0,28
Sachsen	0,25	0,25	0,25
Sachsen-Anhalt	0,26	0,25	0,26
Schleswig-Holstein	0,28	0,29	0,29
Thüringen	0,25	0,24	0,25
Deutschland	0,29	0,29	0,29
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	0,30	0,30	0,29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	0,27	0,27	0,27

*) Ergebnisse des Mikrozensus. Die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW

Abbildung 5: Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen 2018 nach Bundesländern



Deutschland insgesamt weist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 eine im internationalen Maßstab recht gleichmäßige Einkommensverteilung auf. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit einem Koeffizienten von 0,29 und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) mit 0,27. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, hat sich die Einkommensverteilung seit dem Jahr 2016 in keinem Bundesland wesentlich verändert.

Die im Weiteren beschriebenen Ergebnisse für Indikatoren zur Einkommensarmut basieren auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut, welches die Einkommensverteilung in einen Armutsgefährdungsbereich und den Rest der Verteilung aufteilt. Die Grenze zwischen beiden Bereichen wird hierbei durch einen vordefinierten Schwellenwert markiert, der zum Median der Einkommensverteilung in Relation steht. Die Armutsgefährdungsquote, auch Armutsrisikoquote genannt, wird gemäß dem Standard der Europäischen Union definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung beträgt. Als relativ einkommensarm bzw. armutsgefährdet gelten demnach Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt.

Diese Armutsgefährdungsschwelle lässt sich auf regionaler Ebene in 2 Varianten darstellen. Das Nationalkonzept basiert auf dem Medianeinkommen des gesamten Bundesgebietes (Bundesmedian). Den so errechneten Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zu Grunde. Im Gegensatz dazu wird nach dem Regionalkonzept die Armutsgefährdungsschwelle auf der Grundlage des Medianeinkommens der jeweiligen Region bzw. des jeweiligen Bundeslandes errechnet. Für jedes Bundesland ergibt sich dann eine eigene Armutsgefährdungsschwelle. Hierdurch wird unterschiedlichen Medianeinkommen bzw. Einkommensniveaus in den verschiedenen Bundesländern Rechnung getragen.

Armutsrisiko in Ostdeutschland höher

Für das Jahr 2018 wurde aus den Ergebnissen des Mikrozensus für Deutschland insgesamt eine Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung von 15,5 Prozent errechnet. Nach dem Nationalkonzept gab es dabei einen deutlichen Ost-West-Unterschied: Während in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 17,5 Prozent der Bevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 15,0 Prozent deutlich weniger.

Abbildung 6: Armutsgefährdungsquoten *) 2018 nach Bundesländern

Bundesland	Auf Basis des Nationalkonzepts	Auf Basis des Regionalkonzepts
	Prozent	
Baden-Württemberg	11,9	15,2
Bayern	11,7	14,5
Berlin	18,2	16,5
Brandenburg	15,2	13,1
Bremen	22,7	17,6
Hamburg	15,3	18,4
Hessen	15,8	16,9
Mecklenburg-Vorpommern	20,9	14,2
Niedersachsen	15,9	15,0
Nordrhein-Westfalen	18,1	16,6
Rheinland-Pfalz	15,4	16,5
Saarland	16,0	16,0
Sachsen	16,6	12,3
Sachsen-Anhalt	19,5	14,0
Schleswig-Holstein	15,3	15,9
Thüringen	16,4	11,9
Deutschland	15,5	15,5
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	15,0	16,1
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	17,5	13,4

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Auch in den einzelnen Bundesländern zeigt die Armutsgefährdungsquote deutliche Unterschiede: Während in Mecklenburg-Vorpommern mehr als jeder Fünfte (20,9 Prozent) und in Bremen 22,7 Prozent der Bevölkerung ein Nettoeinkommen von weniger als 60,0 Prozent des Bundesmedians zur Verfügung hatten, traf dies in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern nur auf 11,9 bzw. 11,7 Prozent der Bevölkerung zu.

Thüringer in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt

Allerdings zeigt sich zwischen den einzelnen Bundesländern nicht nur der Stadtstaat-Flächenland-Unterschied. Innerhalb der Stadtstaaten weist die Bevölkerung in Bremen mit seiner bereits erwähnten Quote von 22,7 Prozent eine deutlich höhere Armutsgefährdung auf als beispielsweise in Hamburg (15,3 Prozent). Innerhalb der neuen Bundesländer (einschl. Berlin) waren die Unterschiede nicht gravierend. Gleichwohl waren die Brandenburger (15,2 Prozent), Thüringer (16,4 Prozent), Sachsen

(16,6 Prozent) und Berliner (18,2 Prozent) in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt (19,5 Prozent) und dem bereits erwähnten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern (20,9 Prozent).

Armutsgefährdungsquote in den neuen Bundesländern in fast allen Altersgruppen höher

Die Armutsgefährdungsquote war in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) in beinahe allen Altersgruppen höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Einzig die Altersgruppe „65 und älter“ wies im Osten mit 12,9 Prozent (Thüringen: 12,7 Prozent) eine geringere Quote auf als im Westen mit 15,2 Prozent. Während die Armutsgefährdungsquote der weiblichen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern mit 15,6 Prozent höher lag als bei der männlichen Bevölkerung mit 14,4 Prozent, waren im ostdeutschen Durchschnitt mit 17,6 Prozent

bei den Frauen und 17,5 Prozent bei den Männern keine nennenswerten Unterschiede auszumachen. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Thüringen: Hier waren Frauen mit 16,5 Prozent einem nur geringfügig höheren Armutsgefährdungsrisiko ausgesetzt als Männer mit 16,3 Prozent.

Erwerbslose und Alleinerziehende mit hohem Armutsrisiko

In ganz Deutschland waren erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende und deren Kinder in besonderem Maße von Armut bedroht. Doch auch hier sind im Ost-West-Vergleich erhebliche Unterschiede festzustellen: Während die Armutsgefährdung von Erwerbslosen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) durchschnittlich 53,7 Prozent aufwies, waren es in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 67,1 Prozent. Thüringen lag hier mit 64,1 Prozent deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Ein höheres Armutsrisiko hatten die Erwerbslosen in Mecklenburg-Vorpommern (69,0 Prozent) sowie Sachsen (69,6 Prozent). Im Vergleich aller deutschen Bundesländer war die Armutsgefährdung Erwerbsloser in Sachsen-Anhalt am höchsten (74,9 Prozent).

Bei Personen in Alleinerziehenden-Haushalten betrug das Armutsrisiko in Westdeutschland 40,4 Prozent und in Ostdeutschland 44,5 Prozent. Auf der Ebene der Bundesländer sind jedoch größere Abweichungen festzustellen: Während sich die Armutsgefährdungsquote von Mitgliedern in Alleinerziehenden-Haushalten im Saarland und in Niedersachsen auf 42,2 bzw. 41,1 Prozent belief, war sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 56,9 Prozent am höchsten. Dagegen wies Thüringen hier mit 44,7 Prozent eine der bundesweit geringsten Armutsgefährdungsquoten auf.

Aus regionaler Perspektive Armutsrisiko in Thüringen am geringsten

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn für die Berechnung nicht die einheitliche Armutsgefährdungsschwelle auf der Basis des Bundesmedians (Nationalkonzept), sondern die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen (Regionalkonzept) herangezogen werden.

Auf diese Weise wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den einzelnen Bundesländern Rechnung getragen. Auf der Grundlage des Landesmedianeinkommens fallen die Unterschiede bei den Armutsgefährdungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich geringer aus. Bei den aus dieser regionalen Perspektive errechneten Armutsgefährdungsquoten wiesen im Jahr 2018 die Bundesländer Bremen (17,6 Prozent) und Hamburg (18,4 Prozent) das höchste Armutsrisiko auf. Vergleichsweise gering war es in den Bundesländern Brandenburg (13,1 Prozent) und Sachsen (12,3 Prozent). Auf der Basis des Regionalkonzepts wies Thüringen im Jahr 2018 mit 11,9 Prozent das bundesweit geringste Armutsrisiko auf.

Abbildung 7: Armutsgefährdungsquoten ¹⁾ nach soziodemografischen Merkmalen 2018 (auf Basis des Nationalkonzepts)

Merkmal	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Neue Länder (einschl. Berlin)	Thüringen
	Prozent		
Insgesamt	15,0	17,5	16,4
Alter			
unter 18	19,4	23,2	21,4
18 bis unter 25	24,1	34,0	33,4
25 bis unter 50	13,4	16,8	15,5
50 bis unter 65	10,7	15,6	14,6
65 und älter	15,2	12,9	12,7
Geschlecht			
männlich	14,4	17,5	16,3
weiblich	15,6	17,6	16,5
Haushaltstyp ¹⁾			
Einpersonenhaushalte	24,9	29,0	30,2
Zwei Erwachsene, ohne Kinder	8,3	8,6	8,7
Sonstige Haushalte ohne Kinder	8,6	11,0	7,9
Ein Erwachsener und ein oder mehrere Kinder	40,4	44,5	44,7
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,0	9,4	8,3
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,3	12,5	12,2
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	34,6	30,0
Sonstige Haushalte mit Kindern	18,9	20,5	15,6
Erwerbsstatus ²⁾			
Erwerbstätige	7,3	9,2	8,5
davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)	7,8	11,0	11,7
davon abhängig Erwerbstätige	7,3	9,0	8,2
Erwerbslose	53,7	67,1	64,1
Nichterwerbspersonen	22,1	23,6	22,3
davon Rentner und Pensionäre	16,3	15,4	15,2
davon Personen im Alter von unter 18 Jahren	19,7	23,3	21,5
davon sonstige Nichterwerbspersonen	39,3	54,6	57,9
Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbeziehers ³⁾			
Geringqualifizierte	39,1	48,7	47,3
Qualifizierte	13,5	19,1	18,5
Hochqualifizierte	5,3	6,7	6,7

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

1) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt

2) Nach dem „Labour-Force-Konzept“ der International Labour Organization (ILO).

3) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.